

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Ansgar Heveling, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Reiner Deutschmann, Burkhardt Müller-Sönksen, Jimmy Schulz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 17/6315 –

**Digitalisierungsoffensive für unser kulturelles Erbe beginnen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Martin Dörmann, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/6296 –

**„Kulturelles Erbe 2.0“ – Digitalisierung von Kulturgütern beschleunigen**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/6096 –

**Die Digitalisierung des kulturellen Erbes als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen**

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Agnes Krumwiede, Ekin Deligöz, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/8164 –

**Rechtssicherheit für verwaiste Werke herstellen und den Ausbau der Deutschen Digitalen Bibliothek auf ein solides Fundament stellen**

## A. Problem

Das Internet hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Alltagstechnologie entwickelt und die Art und Weise revolutioniert, wie man an Informationen gelangt, diese verarbeitet und miteinander kommuniziert.

Die Digitalisierung macht die Verbreitung kultureller und wissenschaftlicher Inhalte über das Internet möglich und einem breiteren Publikum zugänglich. Die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Die Digitalisate von ca. 30 000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland sollen mit ihrer Hilfe und Koordination allgemein zugänglich gemacht und in die europäische und internationale Zusammenarbeit eingebracht werden.

### Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wollen mit ihrem Antrag erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bemühungen der Bundesregierung zum Aufbau der DDB und deren Aktivitäten zur Digitalisierung von Kulturgut und wissenschaftlichen Informationen nachdrücklich unterstützt und ebenso die Unterstützung der Digitalisierung durch private Unternehmen begrüßt. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, den Auf- und Ausbau der zentralen technischen Infrastruktur der DDB mit dem Ziel voranzutreiben, diese möglichst bald in einer ersten Version für die Öffentlichkeit freizuschalten und schnellstmöglich vollständig auszubauen. Die Digitalisierung soll im Rahmen der DDB weiter intensiviert werden, damit kulturelles Erbe und wissenschaftliche Information sukzessive im gebotenen Umfang online verfügbar werden. Die Bundesregierung soll prüfen, inwieweit zusätzliche Finanzierungshilfen, insbesondere privater Dritter sowie auf Ebene der Europäischen Union, für die DDB erschlossen werden können. Sie soll ein besonderes Augenmerk auf die Langzeitarchivierung legen und in einem Dritten Korb zur Reform des Urheberrechts Regelungen zum Umgang mit verwaisten Werken vorsehen.

### Zu Buchstabe b

Die Fraktion der SPD hebt ebenfalls die Bedeutung der Digitalisierung für das kulturelle Erbe in Deutschland und Europa hervor. Die Digitalisierung und vor allem die Koordinierung der unterschiedlichen Aktivitäten von Bund und Ländern sollen als zentrale Aufgabe der Kulturpolitik des Bundes benannt und in einer umfassenden Digitalisierungsstrategie gebündelt werden. Dazu gehöre die Abstimmung mit den Ländern über notwendige Strukturen, Prioritäten und Kriterien für öffentlich-private Partnerschaften ebenso wie verbindliche Regelungen zur finanziellen Ausstattung der Digitalisierungsarbeit. Die urheberrechtliche Lösung für das Kopieren zur Langzeitarchivierung sowie die Zugänglichmachung und Nutzung der betreffenden Werke komme hinzu. Weitere Forderungen sind darauf gerichtet, die nationalen Aktivitäten in diejenigen auf europäischer Ebene zu integrieren und von der Bundesregierung jährlich einen schriftlichen Sachstandsbericht zum Stand der Digitalisierung und zur Umsetzung der nationalen Digitalisierungsstrategie zu verlangen.

### Zu Buchstabe c

Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit ihrem Antrag erreichen, dass der Aufbau der DDB mit einem verbindlichen Förderprogramm auf gesetzlicher Grundlage unterstützt wird. Dazu gehöre die Einsetzung einer Steuerungsgruppe unter Beteiligung der Länder und Kommunen sowie von fachlicher Seite, um die Planung und Umsetzung einer Strategie für die Digitalisierung des kulturellen Erbes zu gewährleisten. Im Rahmen einer Überarbeitung des Urheberrechtsgesetzes soll der Umgang mit vergriffenen und verwaisten Werken geregelt werden.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert mit ihrem Antrag von der Bundesregierung, den Finanzierungsbedarf der anstehenden Digitalisierungsarbeit zu ermitteln und Verantwortung für die Koordination der Maßnahmen zwischen den Ländern, den Kommunen sowie Finanzierungspartnern aus der Privatwirtschaft zu übernehmen und hierzu eine entsprechende Strategie, flankiert von einem langfristigen Finanzierungsplan für die Digitalisierung, festzulegen. Hinzu komme das Anlegen eines nationalen Registers über bereits digitalisierte Werke im Rahmen der DDB ebenso wie mögliche Reformen des Urheberrechts, um den Umgang mit verwaisten und vergriffenen Werken sowie Fragen der Langzeitarchivierung zu klären.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Antrags auf Drucksache 17/6315 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/6296 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/6096 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe d

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8164 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Kosten wurden nicht im Detail erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/6315 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/6296 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/6096 abzulehnen,
- d) den Antrag auf Drucksache 17/8164 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2012

### **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Monika Grütters**  
Vorsitzende

**Ansgar Heveling**  
Berichterstatter

**Siegmund Ehrmann**  
Berichterstatter

**Reiner Deutschmann**  
Berichterstatter

**Dr. Lukrezia Jochimsen**  
Berichterstatterin

**Agnes Krumwiede**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ansgar Heveling, Siegmund Ehrmann, Reiner Deutschmann, Dr. Lukrezia Jochimsen und Agnes Krumwiede

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6315** in seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6296** in seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6096** in seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8164** in seiner 149. Sitzung am 15. Dezember 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wollen mit ihrem Antrag erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bemühungen der Bundesregierung zum Aufbau der DDB und deren Aktivitäten zur Digitalisierung von Kulturgut und wissenschaftlichen Informationen nachdrücklich unterstützt und ebenso die Unterstützung der Digitalisierung durch private Unternehmen begrüßt. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, den Auf- und Ausbau der zentralen technischen Infrastruktur der DDB mit dem Ziel voranzutreiben, diese möglichst bald in einer ersten Version für die Öffentlichkeit freizuschalten und schnellstmöglich vollständig auszubauen. Die Digitalisierung soll im Rahmen der DDB weiter intensiviert werden, damit kulturelles Erbe und wissenschaftliche Information sukzessive im gebotenen Umfang online verfügbar werden. Die Bundesregierung soll prüfen, inwieweit zusätzliche Finanzierungshilfen, insbesondere privater Drit-

ter sowie auf Ebene der Europäischen Union, für die DDB erschlossen werden können. Sie soll ein besonderes Augenmerk auf die Langzeitarchivierung legen und in einem Dritten Korb zur Reform des Urheberrechts Regelungen zum Umgang mit verwaisten Werken vorsehen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der SPD hebt ebenfalls die Bedeutung der Digitalisierung für das kulturelle Erbe in Deutschland und Europa hervor. Die Digitalisierung und vor allem die Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten von Bund und Ländern sollen als zentrale Aufgabe der Kulturpolitik des Bundes benannt und in einer umfassenden Digitalisierungsstrategie gebündelt werden. Dazu gehöre die Abstimmung mit den Ländern über notwendige Strukturen, Prioritäten und Kriterien für öffentlich-private Partnerschaften ebenso wie verbindliche Regelungen zur finanziellen Ausstattung der Digitalisierungsarbeit. Die urheberrechtliche Lösung für das Kopieren zur Langzeitarchivierung sowie die Zugänglichkeit und Nutzung der betreffenden Werke komme hinzu. Weitere Forderungen sind darauf gerichtet, die nationalen Aktivitäten in diejenigen auf europäischer Ebene zu integrieren und von der Bundesregierung jährlich einen schriftlichen Sachstandsbericht zum Stand der Digitalisierung und zur Umsetzung der nationalen Digitalisierungsstrategie zu verlangen.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit ihrem Antrag erreichen, den Aufbau der DDB mit einem verbindlichen Förderprogramm auf gesetzlicher Grundlage zu unterstützen. Dazu gehöre die Einsetzung einer Steuerungsgruppe unter Beteiligung der Länder und Kommunen sowie von fachlicher Seite, um die Planung und Umsetzung einer Strategie zur Digitalisierung des kulturellen Erbes zu gewährleisten. Im Rahmen einer Überarbeitung des Urheberrechtsgesetzes soll der Umgang mit vergriffenen und verwaisten Werken geregelt werden.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert mit ihrem Antrag die Bundesregierung dazu auf, den Finanzierungsbedarf der anstehenden Digitalisierungsarbeit zu ermitteln und Verantwortung für die Koordination der Maßnahmen zwischen den Ländern, den Kommunen sowie Finanzierungspartnern aus der Privatwirtschaft zu übernehmen und hierzu eine entsprechende Strategie, flankiert von einem langfristigen Finanzierungsplan für die Digitalisierung, festzulegen. Hinzu komme das Anlegen eines nationalen Registers über bereits digitalisierte Werke im Rahmen der DDB ebenso wie mögliche Reformen des Urheberrechts, um den Umgang mit verwaisten und vergriffenen Werken sowie Fragen der Langzeitarchivierung zu klären.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. Januar 2012 die Annahme empfohlen mit den Stimmen der Frak-

tionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben in ihren Sitzungen am 25. Januar 2012 die Annahme empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die Annahme empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben in ihren Sitzungen am 25. Januar 2012 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 25. Januar 2012 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe d

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** sowie der **Aus-**

**schuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben in ihren Sitzungen am 25. Januar 2012 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat sich zunächst im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs mit den Anträgen befasst. Als Sachverständige standen dem Ausschuss in seiner Sitzung am 25. Januar 2012 für Auskünfte zur Verfügung: Claudia Dillmann, Deutsches Filminstitut (DIF), Dr. Robert Hauser, Kompetenzzentrum für kulturelle Überlieferung – digital Karlsruhe in Gründung (KÜdKa), Prof. Dr. Günter Schauerte, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Dennis Schultz, Google Germany GmbH, Dr. Frank Simon-Ritz, Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar und Peter Weber, Justiziar des ZDF. Das Protokoll des öffentlichen Expertengesprächs ist im Internetangebot des Deutschen Bundestages unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) auf den Seiten des Ausschusses für Kultur und Medien nachzulesen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat seine Beratungen sodann in der Sitzung am 25. Januar 2012 abgeschlossen. Im Ergebnis gab der Ausschuss folgende Empfehlungen:

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

Berlin, den 25. Januar 2012

**Ansgar Heveling**  
Berichtersteller

**Siegmund Ehrmann**  
Berichtersteller

**Reiner Deutschmann**  
Berichtersteller

**Dr. Lukrezia Jochimsen**  
Berichterstatterin

**Agnes Krumwiede**  
Berichterstellerin



